

Stimmen



Nadine Niederhauser
Stadtparlamentarierin GLP

Im Grunde genommen sind die Unterschiede zwischen Sonja Lüthi und Boris Tschirky gar nicht so gross. Dennoch hat mich die Diskussion darin bestärkt, Sonja Lüthi in den Stadtrat zu wählen. In sozialen Fragen denkt sie progressiver. Auch tritt sie aktiv für den Joint Medical Master an der HSG ein.



Jascha Müller
Kommandant Milizfeuerwehr

Beide Favoriten haben sehr gute Statements abgegeben und gezeigt, dass sie schlagfertig sind. Das Rennen ist völlig offen. Ich bin mir sicher, dass es am 26. November sehr knapp wird. Beide bringen sehr gute Eigenschaften für den St. Galler Stadtrat mit. Ehrlich gesagt, würde ich am liebsten beide wählen.



Sarah Jyoti Bösch
Unternehmerin

Als Geschäftsführerin ist mir wichtig, dass der Stadtrat aus Personen besteht, die unternehmerfreundlich sind und sich für die Wirtschaft einsetzen. Boris Tschirky ist von diesem Standpunkt her der passendere Kandidat. Er hat an der Podiumsdiskussion gezeigt, dass er sich für das Gewerbe einsetzen wird. Daher ist bereits klar, dass ich für ihn stimmen werde.



Manolito Steffen
Co-Präsident Junge Grüne

Die Diskussion war spannend, aber sie hat mich in meiner Meinungsbildung nicht beeinflusst. Für mich hat sich einfach bestätigt, dass Sonja Lüthi die richtige Kandidatin ist für den Stadtrat. Sie steht für ein fortschrittliches, offenes und nachhaltiges St. Gallen.

Bilder und Text:
Leonardo Da Riz



Ihre Meinungen gingen am «Tagblatt»-Podium zum Teil weit auseinander: Die Stadtratskandidaten Sonja Lüthi und Boris Tschirky.



Bilder: Hanspeter Schiess

Steuern und Autos als Streitpunkte

Differenzen Wenn's um Verkehr und Steuerfuss geht, liegen die beiden Kandidaten Boris Tschirky und Sonja Lüthi weit auseinander. Es gab aber weitere inhaltliche Unterschiede – zum Beispiel beim Vaterschaftsurlaub.

Luca Ghiselli
luca.ghiselli@tagblatt.ch

Sie sind nicht unbedingt auf den ersten Blick ersichtlich, doch bei genauerem Hinsehen deutlich zu erkennen: Die inhaltlichen Unterschiede zwischen Sonja Lüthi (GLP) und Boris Tschirky (CVP). Am «Tagblatt»-Podium wurden diese Differenzen zwischen den beiden Kandidierenden in einigen Punkten besonders offensichtlich, angefangen beim Steuerfuss.

Boris Tschirky plädierte in der Diskussion um die Stadtfinanzen dafür, diesen zu senken, um die Attraktivität des Standorts St. Gallen zu erhöhen. «In einem Budget von fast 600 Millionen Franken ist Luft drin», sagte er. Deshalb müsse es mittelfristig drinliegen, die Steuern zu senken. Sonja Lüthi zeigte sich erstaunt über die gestiegenen Konsumausgaben im Budget 2018.

Sie lehne eine Steuerfussenkung mit Hinblick auf anstehende Investitionen aber ab. Tschirky widersprach und führte die Agglomerationsgemeinden ins Feld. Mit ihnen müsse die Stadt auch beim Steuerfuss mithalten, um attraktiv zu bleiben. Das rief Lüthi wiederum auf den Plan: Sie sprach die hohen Zentrumslasten der Stadt an. «Die umliegenden Gemeinden sollten da verstärkt Hand bieten.» Dafür erntete die GLP-Kandidatin viel Applaus, doch Tschirky, Gemeindepräsident von Gaiserwald und damit direkt betroffen, doppelte nach: «Der Applaus ist richtig. Man sollte aber mit den umliegenden Gemeinden gemeinsam Projekte entwickeln statt sie einfach zur Kasse zu bitten.»

Die Wirtschaft progressiver als der Staat

Es sollte am Montagabend nicht der letzte Schlagabtausch der bei-

den Stadtratskandidierenden bleiben. Als die Moderatoren Daniel Wirth und Reto Voneschen sie fragten, wie sie zur eidgenössischen Initiative stehen, die einen 20-tägigen bezahlten Vaterschaftsurlaub fordert, antwortete Lüthi: «Ich bin ganz klar dafür.» Zwar wäre ihr Elternzeit lieber. «Der Entscheid des Bundesrats, diese Initiative abzulehnen, ist aber schlicht rückwärtsgerichtet.» Dass der männliche Elternteil eine wichtige Rolle in der Erziehung spiele, stellte Tschirky nicht in Abrede. Er hinterfragte aber, ob es wirklich Aufgabe des Staats sei, den Vaterschaftsurlaub zu implementieren. «Die Wirtschaft hat sich in diesem Zusammenhang sogar fortschrittlicher als der Staat erwiesen», sagte er.

Auch in der Asylpolitik traten unterschiedliche Positionen zu Tage, und zwar überraschende. Auf den Fall einer kurdischen Fa-

milie aus dem Lachen-Quartier angesprochen, die trotz grosser Integrationsbemühungen und Sprachkenntnissen nach Italien ausgeschafft wurde, antwortete Sonja Lüthi lapidar: «Wenn die Gesetze und Regeln so sind, haben sich alle daran zu halten – auch der Stadtrat.» Tschirky hingegen betonte, dass der Stadtrat sich für Leute, die den Willen zur Integration so deutlich zeigen, stärker einsetzen müsse.

Verkehrsreglement ist bereits nachhaltig

Gegen Ende der Diskussion wurden Verkehrsfragen angesprochen. Bei diesem Thema waren die Differenzen zwischen Lüthi und Tschirky bereits vor dem ersten Wahlgang deutlich geworden, am Podium von Montagabend akzentuierten sie sich abermals. Während der CVP-Kandidat die Mobilitäts-Initiative befürwortet, lehnt die GLP-Kandidatin das

Volksbegehren dezidiert ab. Tschirky betonte, es ginge bei der Initiative nicht um die Bevorzugung des Autos als Verkehrsträger, sondern um gleiche Voraussetzungen für alle. Zudem sei zu erwarten, dass in den kommenden Jahren grosse Entwicklungen in der Technologie die Ausgangslage wieder verändern würden. Lüthi entgegnete, dass man bereits ein nachhaltiges Verkehrsreglement habe.

Auch der geplante Autobahnanschluss beim Güterbahnhof und die Teilspege in die Liebegg wurden angesprochen. Sonja Lüthi sagte, es brauche keinen Autobahnanschluss im Güterbahnhof. Tschirky widersprach, fügte bezüglich Finanzierung des Verkehrsprojekts aber an: «Wir müssen darauf achten, dass auch die Nachbarkantone ihren Obulus leisten.» Im Appenzellerland sitze nämlich noch «viel Steuer-

Lieber Kanonen als Kunst

Sprengkandidat Roland Uhler will im Wahlkampf eine Alternative zu den beiden anderen Kandidaten sein. In seinen Antworten blieb er oft diffus – und zog immer wieder Parallelen zum Kanonenschüssen.

Bevor sich Sonja Lüthi und Boris Tschirky am «Tagblatt»-Podium duellierten, stand Roland Uhler (Schweizer Demokraten) Moderator Daniel Wirth Red und Antwort. Seine Kandidatur begründete er damit, dass im ersten Wahlgang mit fünf Kandidierenden das ganze politische Spektrum abgedeckt gewesen sei. Nun wolle er «eine Alternative» sein. Die Prognose von Wirth, er habe ohnehin keine Chance, werde mit seiner Kandidatur aber Boris Tschirky womöglich entscheidende Stimmen wegnehmen, liess Uhler nicht gelten. Das Problem sei, dass die Bevölkerung nicht wisse, wer die Schweizer Demokraten seien und was in ihrem Parteiprogramm stehe. In St. Gallen sei die Partei rund 100 Mitglieder stark, aber überaltert.

«Weder die Linken noch die Rechten wollen mit uns etwas zu tun haben – wir sind also das Bindeglied zwischen den beiden Polen», fasste Uhler zusammen. Dennoch wollte er sich nicht vorzeitig geschlagen geben, sondern behauptete, «für eine Überraschung gut» zu sein.

Doppelspurigkeiten in der Verwaltung vermeiden

Der Präsident des St. Galler Artillerievereins zog in seinen Antworten immer wieder Parallelen zu seiner Leidenschaft, dem Kanonenschüssen. So sei er «kein Freund von Kultur, in die man viel Geld reinbuttert», antwortete Uhler auf die Frage, ob und wie die Kandidierenden allfälligen Kürzungen bei den Kulturausgaben entgegenzutreten würden. Im

Kunstmuseums hätten seine Kinder ein Gemälde betrachtet und gemeint, so etwas könnten sie auch. Eine Barbarafeier mit Ka-

nonenschüssen sei doch viel schöner – und erst noch günstiger, das Schwarzpulver bezahle er nämlich selber. Diffus blieb

Uhler auch in der Antwort auf die Frage, was der Stadtrat für eine «attraktive Urbanität» machen könne, um die Abwanderung junger Erwachsener in urbanere Gebiete zu stoppen. Uhler referierte über den hohen Ausländeranteil in den Schulklassen seiner Kinder. Es sei also kein Wunder, dass die Leute aufs Land zögen.

Mit einer Kanonenantwort traf am Ende jedoch auch Uhler noch ins Schwarze. So habe ihm die Stadtpolizei für das Schiessen am Kinderfest jedes Mal 50 Franken für das Ausstellen der Bewilligung verrechnet – und die Schuldirektion habe ihm diese Gebühr zurückerstattet. «Solche Doppelspurigkeiten in der Verwaltung muss man vermeiden», zeigte er sich überzeugt. Das sei ihm in diesem Fall gelungen. (dag)



Roland Uhler sass von 1993 bis 2000 im Grossen Gemeinderat (heute Stadtparlament). Jetzt will er in den Stadtrat. Bild: Hanspeter Schiess